

Deutsches Patent- und Markenamt

München, den 19. März 2007

Telefon: (0 89) 21 95 - 2822

Aktenzeichen: 196 55 235.4-53

Anmelder/Inhaber:

Wyse Technology, Inc.,
San Jose, Calif., US

Deutsches Patent- und Markenamt · 80297 München

Patentanwälte
Hofstetter, Schurack & Skora
Balanstraße 57
81541 München

Ihr Zeichen: 25987



Bitte Aktenzeichen und Anmelder/Inhaber bei
allen Eingaben und Zahlungen angeben!

Prüfungsantrag, Einzahlungstag am

Eingabe vom 19. Juni 2006

eingegangen am 20. Juni 2006

Die weitere Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.

Zur Äußerung wird eine **Frist von**

4 Monat(en)

gewährt. Die Frist beginnt an dem Tag zu laufen, der auf den Tag des Zugangs des Bescheids folgt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z. B. Beschreibung, Beschreibungsteile, Patentansprüche, Zeichnungen), sind je **zwei** Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im Einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

- ☐ Werden die vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagenen Änderungen ohne weitere Änderung vom Anmelder angenommen, ist den Reinschriften eine Erklärung beizufügen, dass die Reinschriften keine über die vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagenen Änderungen hinausgehenden Änderungen enthalten (§ 15 Absatz 4 PatV).
- ☒ In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt. (Bei deren Nummerierung gilt diese auch für das weitere Verfahren):
- ☐ Mit den vorliegenden Unterlagen kann eine Patenterteilung nicht in Aussicht gestellt werden; es muss vielmehr mit der Zurückweisung der Anmeldung gerechnet werden.
Falls eine Äußerung in der Sache nicht beabsichtigt ist, wird eine formlose Mitteilung über den Erhalt des Bescheides erbeten.

Anlg.: Ablichtungen von zwei entgegengestellten Druckschriften.

Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmustergesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

**Dokumentenannahme
und Nachbriefkasten
nur**

Zweibrückenstraße 12

Hauptgebäude:
Zweibrückenstraße 12
Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof)
Markenabteilungen:
Cincinnatistraße 64

Hausadresse (für Fracht):
Deutsches Patent- und Markenamt
Zweibrückenstraße 12
80331 München

Telefon: (089) 2195-0
Telefax: (089) 2195-2221
Internet: <http://www.dpma.de>
Zahlungsempfänger:

5) DE 43 32 063 A1

6) EP 0 237 671 A2

1.)

Die Anmelderin hat in der Eingabe vom 19.06.2006, eingegangen am 20.06.2006 neue Patentansprüche 1 und 2 für einen Hilfsantrag und überarbeitete Beschreibungsseiten 2 bis 4 eingereicht.

2.)

Das Patentbegehren richtet sich einerseits auf ein Verfahren zum Aktualisieren von Betriebscharakteristika eines Terminals, in dem das Terminal in einen ersten Betriebszustand versetzt wird und die Betriebscharakteristika von einem entfernten Host heruntergeladen werden und wobei nach dem Herunterladen der erste Betriebszustand aufgehoben wird und das Terminal in einen zweiten Betriebszustand versetzt wird (Patentanspruch 1).

Andererseits richtet sich das Patentbegehren auf ein Verfahren zum Konfigurieren eines Terminals, in dem innerhalb eines Bereichs der Terminalanzeige zumindest ein Punktraster-(bitmapped) Bereich erzeugt wird, welcher zumindest eine Punktraster-(bitmapped) Gruppe aufweist und zumindest eine Punktraster-Auswahl innerhalb der Gruppe erzeugt wird, wobei die Auswahl eine oder mehrere Wahlmöglichkeiten zulässt (Patentanspruch 2).

Diese beiden Gegenstände dienen ersichtlich nicht zur Lösung eines einheitlichen Problems einer einheitlichen Aufgabe.

Die Anmeldung weist daher nicht die nach § 34 Abs.5 PatG erforderliche Einheitlichkeit des Erfindungsgegenstandes auf.

Zur Beseitigung dieses Mangels ist die Anmeldung auf einen der beiden Gegenstände zu beschränken, siehe dazu den beigefügten Vordruck P 2410 (Einheitlichkeit). Geschieht dies nicht, müsste die Anmeldung wegen mangelnder Einheitlichkeit zurückgewiesen werden.

Ferner ist entsprechend dem genannten Vordruck zu erklären, ob der andere Gegenstand aus der vorliegenden Anmeldung ausgeschieden wird er also in einer abgezwigten, d.h., selbstständigen und damit gebührenpflichtigen Anmeldung mit dem ursprünglichen Anmeldetag (d.h., dem Anmeldetag der vorliegenden Stammanmeldung) weiterverfolgt werden soll -oder ob auf dessen Weiterverfolgung verzichtet wird.

3.)

Zum Hauptantrag:

3.1.) Ein Verfahren zum Aktualisieren von Betriebscharakteristika eines Terminals nach dem geltenden Patentanspruch 1 des Hauptantrags ist für den Fachmann der Informations- und Kommunikationstechnik aus dem Stand der Technik nahegelegt.

Entsprechend zum Gegenstand des Patentanspruchs 1 kann der **Druckschrift 3** entnommen werden ein

Verfahren zum Aktualisieren von Betriebscharakteristiken eines Terminals (user terminal 10 – vgl. u.a. Fig. 8, Sp. 7, Z. 18 – 30), das über eine Kommunikationsverbindung (communication link – vgl. u.a. Fig. 8, Sp. 7, Z. 31-39) mit einem Host (central station 9) verbunden ist und das ein Speichersystem (ROM circuit 3, RAM 4) aufweist, das zumindest einen nichtflüchtigen Speicher (rewritable EEPROM 31 – vgl. u.a. Fig. 1) umfasst, wobei in dem Speicher eine Firmware (apparatus control program – vgl. u.a. Sp. 6, Z. 26-29) gespeichert ist, die das Betriebssystem zum Betreiben des Terminals umfasst, wobei diese weder auf den PC/AT BIOS- Standard noch auf PC-kompatible Platten-Betriebssysteme zurückgreift (vgl. u.a. abstract, Fig. 2, 3 und Beschreibung, insbes. Sp. 7, Z. 31 – Sp. 8, Z. 7) dadurch gekennzeichnet, dass

- das Terminal in einen ersten Betriebszustand versetzt wird, in dem zumindest in einen vorbestimmten Teil des Speichersystems eingeschrieben werden kann und eine Kommunikation mit dem Host möglich ist (vgl. u.a. Fig. 7, Zustand „lock power switch“),
- in diesem Zustand über die Kommunikationsverbindung mit dem Host von diesem bereitgestellte aktualisierte Betriebscharakteristika auf das Terminal

herunter geladen werden und die aktualisierten Betriebscharakteristiken gegebenenfalls in den nichtflüchtigen Speicher eingeschrieben werden (vgl. u.a. Fig. 7, Sp. 11, Z.24 ff, Z. 46 – 52), und

- der erste Betriebszustand aufgehoben wird, wodurch das Terminal in einen Betriebszustand versetzt wird, in dem Daten nicht in den vorbestimmten Teil des Speichersystems geschrieben werden (Zustand „unlock power switch“ – vgl. u.a. Fig. 7) , die Kommunikation mit dem Host aber aufrecht erhalten bleibt. (Sp. 11, Z. 24 bis Sp. 12, Z.12).

Der Einsatz von FLASH-Eproms als nichtflüchtige Speicher ist in der **Druckschrift 2** beschrieben. Die Druckschrift 2 offenbart die Aktualisierung (Reprogrammierung) von Kommunikation-Terminals, wobei die hier beschriebene Lehre auf allen möglichen mikroprozessorbasierten Geräten angewendet werden kann (vgl. S. 1, Z. 4 – 6). In dem Programmiermodus übernimmt das sendende Gerät den Master-Mode und das empfangende Gerät, dessen Kontroll-SW erneuert wird, übernimmt den Slave-Mode (vgl. u.a. Fig. 2B). Die Terminal-Kontroll-SW wird in einem FLASH-Eprom (10) gespeichert (vgl. u.a. Fig. 1).

Da es sich in beiden Druckschriften um die Aktualisierung von Firmware handelt, ist es für den Fachmann naheliegend die Druckschriften 2 und 3 in Zusammenschau zu betrachten und somit zum Gegenstand des Patentanspruchs 1 zu gelangen.

Der Patentanspruch 1 ist sonach ohne erfinderische Tätigkeit für seinen Gegenstand erzielbar und daher nicht gewährbar.

Darüber hinaus behandelt die **Druckschrift 5** ebenfalls die (Re)Programmierung einer Mikrocomputerschaltung. Die Firmware wird von einem Host (hier PC 16) heruntergeladen und wie in der D3 in einem EEPROM gespeichert (vgl. u.a. Fig. 1).

3.2.) Ein Verfahren zum Konfigurieren eines Terminals nach dem geltenden Patentanspruch 2 des Hauptantrags ist für den Fachmann der Informations- und Kommunikationstechnik aus dem Stand der Technik bereits bekannt.

Entsprechend zum Gegenstand des Patentanspruchs 2 kann der **Druckschrift 4** entnommen werden ein

Verfahren zum Konfigurieren eines Terminals (local system, das eine Anzeige (display) für die Kommunikation mit einem Hostsystem (remote system) aufweist und

nicht dafür ausgelegt ist, Anwendungsprogramme, insbesondere Windows^R-Programme, lokal auszuführen (vgl. u.a. abstract, Sp. 3, Z. 11 – 24, Fig. 1 – 4) dadurch gekennzeichnet, dass

für die Konfiguration des Terminals lokal innerhalb eines Bereichs der Anzeige zumindest ein Punktraster- (bit-mapped) Bereich (screen) erzeugt wird, in dem zumindest eine Punktraster- (bit-mapped) Gruppe (multiple choice field selection block – vgl. u.a. Element 322 in Fig. 1) vorgesehen wird, und zumindest eine Punktraster- (bit-mapped) Auswahl innerhalb der Gruppe erzeugt wird, wobei mit jeder Auswahl eine oder mehrere Wahlmöglichkeiten einhergehen (vgl. u.a. auch Fig. 2, Elemente „Dial Type“ und „External Modem Speed“ oder Fig. 4, Elemente „Duplex“ oder „Type“).

Darüber hinaus waren dem Fachmann zum Anmeldezeitpunkt „Nicht – Windows^R“ graphische Benutzeroberflächen mit Auswahlboxen, bspw. in „ATARI ST“ Computer von der Fa. Atari oder die Workbench in Amiga der Fa. Commodore hinlänglich bekannt.

Der Patentanspruch 2 ist somit mangels Neuheit seines Gegenstandes nicht gewährbar.

Die **Druckschrift 6** offenbart einen dem Anmeldungsgegenstand ähnlichen Sachverhalt (vgl. u.a abstract).

4.)

Zum Hilfsantrag:

Der Patentanspruch 1 des Hilfsantrags unterscheidet sich von dem des Hauptantrags durch die fakultativen Merkmale:

- a) „insbesondere durch Einstecken eines Rückführungsschleifensteckers oder durch eine Schlüsselsequenz“
- b) „insbesondere unter Verwendung einer Emulation einer Client/Server-Netzwerkumgebung“.

Nach Auffassung der Prüfungsstelle tragen diese Merkmale nicht zu einer erfinderischen Leistung bei. Die Lehren im ermittelten Stand der Technik offenbaren vergleichbare Lösungen.

Der Patentanspruch 2 des Hilfsantrags unterscheidet sich von dem des Hauptantrags durch das Merkmal:

„aufgrund von in einem Verzeichnis bereitgestellten Bitmap-Bildern“.

Nach Auffassung der Prüfungsstelle trägt dieses Merkmal nicht zu einer erfinderischen Leistung bei; dass die Bitmap-Bilder (bspw. Icons) in einem Verzeichnis abgelegt sind, liegt im Verständnis des Fachmanns.

Die Patentansprüche 1 bzw. 2 des Hilfsantrags sind somit ebenfalls nicht gewährbar.

Bei dieser Sach- und Rechtslage kann der Anmeldung zunächst kein Erfolg in Aussicht gestellt werden.

5.)

Sollte die Anmelderin noch in einer anderen technischen Besonderheit etwas Patentfähiges erblicken, so wird sie hiermit aufgefordert über die Beseitigung der Uneinheitlichkeit hinaus,

- a) eine klargestellte, positiv formulierte, dem Anmeldungsgegenstand nunmehr zugrundeliegende Aufgabe vorzulegen,
- b) ein neues, gegenüber dem Stand der Technik abgegrenztes Patentbegehren vorzulegen, dessen Hauptanspruch eine klare und vollständige Lösung mit technischen Mitteln, bzw. Maßnahmen aufweist,
- c) ggf. neu in das Patentbegehren aufgenommene Merkmale als erfindungswesentlich offenbart in den ursprünglichen Unterlagen nachzuweisen,
- d) den erfinderischen Schritt gegenüber dem nachgewiesenen Stand der Technik aufgrund der technischen Lösungsmerkmale zu erläutern,
- e) die Beschreibung an das neue Patentbegehren anzupassen und
- f) den im Prüfungsverfahren ermittelten Stand der Technik (D1 bis D6) in der Beschreibungseinleitung zu würdigen.

Wird die Anmeldung hingegen mit demselben oder einem inhaltsgleichen Patentbegehren aufrechterhalten, muss mit der Zurückweisung der Anmeldung gerechnet werden.

Prüfungsstelle für Klasse G06F



Dipl. Ing. Koch, HR 2162